

# Tierheime am Limit

**Auswertung der Online-Umfrage  
durch den Landestierschutz-  
verband Baden-Württemberg e.V.**



## Tierheime am Limit

**Anlässlich eines Tierheimbesuchs in der Landeshauptstadt Stuttgart macht sich Bundesminister Özdemir ein persönliches Bild über die kritische Lage der Tierheime**

**Das Ergebnis einer aktuellen Umfrage bei Tierheimen in Baden-Württemberg bestätigt:**

**89 % sehen einer Verschlechterung ihrer Lage entgegen, 36 % haben große Zukunftsängste und 11 % der Vereine befürchten sogar die nächsten 5 Jahre nicht zu überstehen.**

**Stefan Hitzler, Vorsitzender des Landestierschutzverbands erklärt: „Am bisherigen „System Tierheim“ muss sich grundlegend etwas ändern. Es kann nicht länger hingenommen werden, dass die kommunale Aufgabe der Fundtierversorgung und -verwahrung durch Spendengelder der Tierschutzvereine kofinanziert werden muss.“**

Am Samstag, 19.11.22 besuchte Bundesminister Cem Özdemir in Begleitung des Präsidenten des Deutschen Tierschutzbundes Thomas Schröder und einer Delegation des Landestierschutzverbandes das Tierheim der Landeshauptstadt. Bei einem Tierheimrundgang erläuterten die Tierschützer die derzeit prekäre Lage vieler Tierheime.

Um eine Einschätzung der derzeitigen Lage der Tierheime vornehmen zu können, hatte der Landestierschutzverband am 27. Oktober eine Blitz-Umfrage bei seinen Mitgliedsvereinen gestartet. Von 115 angefragten Tierschutzvereinen kamen 55 Rückmeldungen (1). Somit nahmen knapp die Hälfte an der Umfrage teil. Das damit repräsentative Ergebnis ist alarmierend:

Von den Tierschutzvereinen, die sich an der Umfrage beteiligt hatten, betreiben 84 % ein Tierheim oder eine vergleichbare Einrichtung. 78 % sind Betriebe mit festangestellten Mitarbeiter/innen. Im Schnitt nimmt jede dieser Einrichtungen pro Jahr über 400 Tiere auf, wie anscheinend besitzerlos aufgefundene oder von Tierhaltern direkt dort abgegebene Heimtiere, aber auch Wildtiere oder exotische Arten.

Einen finanziellen Ausgleich oder kommunale Erstattungen gibt es i.R. ausschließlich für die Pflege und Versorgung von gefundenen Tieren, da Gemeinden gemäß Fundrecht nicht nur Fundgegenstände wie Regenschirme, Geldbeutel oder Fahrräder sechs Monate aufbewahren müssen, sondern ebenso für Fundtiere zuständig sind. In der Regel treffen die Gemeinden dazu eine vertragliche Vereinbarung mit den örtlichen, vereinsgeführten Tierheimen und übertragen ihnen gegen Bezahlung die kommunale Aufgabe der Versorgung und Pflege dieser tierischen Findlinge.

Wie sich in der Umfrage jetzt überdeutlich zeigte, wird der überwiegende Teil der befragten Tierheime für die Betreuung dieser Fundtiere nicht angemessen bezahlt:

Nur 2 der 55 teilnehmenden Vereine erhalten nach eigenen Angaben eine vollständige Erstattung der anfallenden Kosten für die Fundtierversorgung.

Über 96% der Tierschutzvereine müssen für die Übernahme dieser öffentlichen Aufgabe, zu der die Kommunen gesetzlich verpflichtet sind, noch Geld aus der Vereinskasse zuschießen. 49% der Vereine erhalten nach eigenen Berechnungen weniger als die Hälfte der tatsächlich anfallenden Kosten für die Aufnahme und Versorgung von Fundtieren erstattet und 18 % der Tierschutzvereine bekommen keinerlei Vergütung hierfür. Alle diese Tierschutzvereine müssen nicht nur für die Ausgaben ihrer eigenen satzungsgemäßen Ziele und Aufgaben im Tierschutz aufkommen, viele zahlen zusätzlich noch einen nicht unerheblichen Anteil der gesetzliche Pflichtaufgabe der Kommunen aus ihren Vereinsmitteln.

Für den Vorsitzenden des Landestierschutzverbands Stefan Hitzler ist das inakzeptabel: „Wenn Kommunen ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Unterbringung von Fundtieren bei Tierheimen in Auftrag geben, müssen sie gewährleisten, dass die anfallenden Kosten vollumfänglich ersetzt und nicht aus Vereinsmitteln bezuschusst werden. Spender geben ihr Geld für den Tierschutz und nicht, um Kommunen für die Einhaltung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen zu subventionieren.“

Die Fundtierversorgung ist nur ein Teilbereich der Leistungen, die Tierheime für unsere Gesellschaft erbringen. Für alle anderen Tierheimtiere, die im Tierheim eine vorübergehende Bleibe finden, muss der Tierschutzverein selbst aufkommen. Die Finanzierung der Tierschutzvereine setzt sich– neben der o.g. kommunalen Fundtierkostenerstattung - hauptsächlich zusammen aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen, evtl. Erbschaften und der Tierversmittlung. Weitere Einnahmen kommen aus eigenen Veranstaltungen, der Tierpension aber auch durch die Verwahrung von beschlagnahmten Tieren.

Demgegenüber stehen die regelmäßig anfallenden Ausgaben im laufenden Tierheimbetrieb, denn die tierischen Gäste müssen 365 Tage im Jahr versorgt und betreut werden. Hier entstehen tagtäglich Kosten u.a. für tierärztliche Behandlungen, Strom und Heizung, Personal, Futter und den Unterhalt der Betriebs-einrichtungen.

Diesen dauerhaften finanziellen Belastungen, die Tierschutzvereine zum überwiegenden Anteil eigenständig „einwerben“ müssen, ist die Mehrheit hierzulande inzwischen nicht mehr gewachsen. Durch die Pandemieauswirkungen und die aktuell stark angestiegenen Energie- und Verbraucherpreise wurden Rücklagen inzwischen drastisch aufgezehrt.

Die Umfrageergebnisse sprechen für sich: Von den befragten Tierschutzvereinen sehen sich nur 11 % derzeit noch als stabil aufgestellt an. Die restlichen 89 % blicken einer Verschlechterung entgegen, 36 % haben aktuell große Zukunftsängste und 11 % der Vereine befürchten sogar die nächsten fünf Jahre nicht zu überstehen. Erste Vereine mussten bereits Kredite aufnehmen, um den Lohn ihrer Mitarbeiter/innen zahlen zu können.

Stefan Hitzler fasst die derzeitige prekäre Lage der Tierheime so zusammen: „Das Staatsziel Tierschutz ist im vereinsbasierten Tierschutzwesen vor Ort in einer existenziellen Krise. Wird dieser Bereich nicht zeitnah und nachhaltig durch die öffentliche Hand unterstützt und finanziell mitgetragen, steht der vereinsbasierte Tierschutz nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in Deutschland insgesamt vor dem Aus.“

### Hintergrund:

Mit Beginn der Coronapandemie änderte sich auch die Situation der Tierheime dramatisch. Zunächst blieben die Besucher weg und zusätzliche Einnahmen über Tierheimfeste, Flohmärkte und Infostände fielen aus. Damit gingen bei vielen Tierschutzvereine auch die Spenden deutlich zurück, die Haupteinnahmequelle der der meisten Tierheime. Nach Abklingen der Pandemierestriktionen kommen jetzt vermehrt die während dieser Sperrzeit aus Langeweile oder Selbstüberschätzung angeschafften Haustiere in den Tierheimen an. Vor allem falsch oder nicht erzogene und damit nur schwer vermittelbare Hunde bringen die Tierheime an ihre Grenzen.

Damit nicht genug, werden durch die steigenden Lebenshaltungs- und Energiekosten deutlich mehr Tiere abgegeben wie in den Vorjahren. Davon abgesehen belasten die Mehrkosten für Futter, Strom und Heizung natürlich auch die Tierheime immens. Hinzu kommt die deutliche Erhöhung des Lohngefüges und der Gebühren für tierärztliche Leistungen. Zudem sind die Rücklagen der meisten Tierschutzvereine inzwischen aufgebraucht, viele stehen deswegen jetzt schon finanziell mit dem Rücken zur Wand.

# Auswertung der Online- Umfrage „Tierheime am Limit“ (Baden-Württemberg)



Unterfeldstr. 14B · 76149 Karlsruhe  
Telefon 07 21/70 45 73  
Telefax 07 21/70 53 88  
mail@landestierschutzverband-bw.de  
[www.landestierschutzverband-bw.de](http://www.landestierschutzverband-bw.de)

## Grundlage der Auswertung

In der Zeit vom 27.10. bis 15.11.2022 wurden die Mitgliedsvereine des Landestierschutzverbands Baden-Württemberg e.V. zu einer Online-Umfrage über die Lage der Tierheime und Tierschutzvereine eingeladen. Angeschrieben wurden 115 Tierschutzvereine mit 74 Tierheimen in Baden-Württemberg. An der Befragung nahmen 55 Tierschutzvereine teil. Dies entspricht rund 48 % der eingeladenen Vereine. Die Online-Umfrage enthielt 24 Hauptfragen, die jeweils mit zwei oder mehr vorgegebenen Antwortmöglichkeiten (Multiple Choice) versehen waren.

## Teilnehmerkreis

84% der teilnehmenden Tierschutzvereine betreiben ein Tierheim oder eine tierheimähnliche Einrichtung.

Der Durchschnittsverein hat 463 Mitglieder. Der größte teilnehmende Verein hat rund 2.600 Mitglieder.

78 % der Tierschutzeinrichtungen sind offizielle Arbeitgeber, d.h. sie bieten Arbeitsplätze für festangestellte Mitarbeiter\*Innen, also bezahlte Kräfte. Die restlichen Tierschutzeinrichtungen werden ausschließlich durch ehrenamtlich tätige Personen betreut.

Im Durchschnitt arbeiten 5,5 bezahlte Personen in den Einrichtungen. Die Spanne reicht von 0 bis zu 45 angestellten Personen.

Nur 27 % der Einrichtungen bilden selbst Fachkräfte für die Tierpflege aus. Diese Betriebe haben von 1 bis zu 6 Auszubildende. Spitzenwerte von 3, 4 und 6 wurden nur von jeweils einem oder zwei Tierheimen genannt.

Die restlichen bilden aktuell lediglich jeweils eine oder zwei Auszubildende aus.

76 % der Tierschutzvereine haben einen Vertrag / Vereinbarung mit Kommunen über die Aufnahme und Versorgung von Fundtieren.

Der regionale Einzugsbereich der vertraglich gebundenen Kommunen / Kreise / Gemeinschaften beträgt durchschnittlich gut 92.548 Einwohner.

Somit spiegelt die Umfrage die Tierheim-Situation rechnerisch für nahezu die Hälfte der Einwohner in Baden-Württemberg wider. Es kann daher davon ausgegangen werden, dass die Ergebnisse auf ganz Baden-Württemberg übertragbar sind.

### **Aktuelle Situation der Tierschutzvereine**

Die Kostenerstattung für die Übertragung der kommunalen Verpflichtung der Fundtieraufnahme und -Versorgung nach § 5a AGBGB ist breit gefächert. Mit 52 % ist die sogenannte „Kopfpauschale“ (Fester Pauschalbetrag je Einwohner pro Jahr) das vorherrschende Modell. 13 % erstellen eine Einzelfallabrechnung pro Fundtier, welche aufgrund der gesetzlichen Regelung zur „Fundsache“ auf max. 6 Monate begrenzt ist. Weitere 13 % erhalten einen festgelegten, jährlichen Pauschalbetrag, unabhängig von Einwohner- oder Fallzahlen. Die weiteren angeführten Bezahlmodelle werden kaum genutzt.

Bemerkenswert sind hier 18 % der Tierschutzvereine, die die Aufnahme von Fundtieren angeben, aber für diese „Dienstleistung“ keine Kostenerstattung durch eine Kommune erhalten.

Bei der anschließenden Frage nach der Kostendeckung für die Fundtiere zeichnet sich ein desolates Bild.

Lediglich 2 der 55 teilnehmenden Vereine erhalten eine vollständige Erstattung der anfallenden Kosten.

Über 96% der Tierschutzvereine müssen für die Übernahme einer öffentlichen Aufgabe, zu der die Kommunen gesetzlich verpflichtet sind, Geld aus der Vereinskasse zuschießen. 49% der Vereine erhalten nach eigenen Angaben sogar weniger als die Hälfte der tatsächlich anfallenden Kosten für die Aufnahme und Versorgung von Fundtieren erstattet.

Alle diese Tierschutzvereine subventionieren somit mit ihren Vereinsmitteln eine gesetzliche Pflichtaufgabe der Kommunen.

Im Durchschnitt betreut ein Tierschutzverein 412 Tiere pro Jahr. Dabei handelt es sich nicht ausschließlich um Fundtiere, sondern auch um Abgabe- oder Wildtiere.

Der Durchschnittsverein betreut im Jahr ca. 56 Hunde, 193 Katzen, 36 Vögel, 46 Kleintiere, 8 Exoten, 2 sogenannte „Nutztiere“, 39 Wildtiere sowie 4 nicht genauer benannte Tiere.

84 % der Tierschutzvereine nehmen Abgabetiery aus privater Haltung auf. Weitere 11 % würden gerne aufnehmen, haben jedoch keine freien Kapazitäten.

Eine Katzenschutzverordnung haben bisher 15 % der teilnehmenden Vereine in zumindest einer Kommune in ihrem Zuständigkeitsgebiet. 8 % erwarten eine solche in absehbarer Zeit. 77 % stoßen mit diesem Anliegen bei den Kommunen auf taube Ohren.

100 % der Tierschutzvereine sind bereit, Tiere von Flüchtlingen aufzunehmen. 49 % haben dies bereits getan. Bei den anderen fehlt es an Kapazitäten oder aber an Anfragen.

Diese 100 %ige Bereitschaft zur Aufnahme ist ein eindrucksvoller Wert, wenn man anhand der nächsten Abfrage sieht, dass von den Tierschutzvereinen 83 % dafür bisher keine finanzielle Unterstützung aus öffentlicher Hand erhalten oder in Aussicht haben. Die 17 %, die Mittel bereits erhalten oder in Aussicht haben, bekommen diese vom jeweiligen Landkreis oder der Bundesregierung. Keiner der Vereine erhält Unterstützung von Kommunen, der Landesregierung oder einer EU-Einrichtung. Somit wird auch dieser neu aufgetretene und zusätzliche Kostenbereich wieder zum Löwenanteil aus den Vereinskassen bezuschusst.

Seit Beginn der Pandemie verzeichnen 76 % der Tierschutzvereine ein erhöhtes Aufkommen von Fund- und Abgabetieryen.

Die vermehrte Aufnahme von Tieren bedeutet allerdings nicht automatisch eine Erhöhung der Vermittlungen in ein neues Zuhause. Nur 18 % der Tierschutzvereine hat seit Beginn der Pandemie auch mehr Tiere vermittelt als vorher. Dies zeigt deutlich, dass die Tierheime mit ihren begrenzten Kapazitäten in eine deutliche Schieflage gedrängt werden.

Als Hauptgründe für das erhöhte Tieraufkommen werden genannt:

1. Unüberlegte Anschaffung von Haustieren
2. Tierhalter sind persönlich überfordert
3. Tierheime werden als kostengünstige Problemlöser gesehen
4. Tierhalter sind finanziell überfordert
5. Die Anschaffung von Tieren ist zu einfach

Diese 5 Gründe werden nahezu einhellig von den teilnehmenden Vereinen primär genannt. Weitere oft genannte Punkte sind „Mangelnde Aufklärung der Halter vor der Anschaffung“ und „Haustier wird als Ersatz für fehlende anderweitige soziale Kontakte angeschafft“.

Die Finanzierung der Tierschutzvereine setzt sich, lt. eigener Angaben, hauptsächlich zusammen aus (in absteigender Gewichtung):

1. Spenden
2. Mitgliedsbeiträgen
3. Fundtiervereinbarungen mit Kommunen/Landkreis
4. Erbschaften
5. Vermittlung von Tieren

Als weitere Geldquellen werden Einnahmen aus Veranstaltungen, privater Tierpension aber auch Verwahrung von beschlagnahmten Tieren genannt. Alle anderen genannten Einnahmemöglichkeiten spielen keine nennenswerte Rolle in den Berechnungen der Vereine.

Auf der Gegenseite stehen die Hauptkostenverursacher der Tierschutzarbeit (in absteigender Gewichtung):

1. Tierärztliche Behandlungen
2. Energiekosten
3. Personal
4. Futter
5. Unterhalt der Betriebseinrichtungen

Weitere vorgeschlagene Kostenfaktoren wie z.B. Verwaltungskosten (2,48 %) sind gegenüber den genannten Hauptkostenverursachern nicht nennenswert.

## **Zukunftsaussichten**

Von den befragten Vereinen sehen sich 11 % als aktuell stabil an.

Die restlichen 89 % sehen einer Verschlechterung entgegen.

36 % haben große Zukunftsängste. 11 % der Vereine befürchten sogar die nächsten 5 Jahre nicht zu überstehen.

## **Lösungsansätze**

Auf die Frage nach Lösungsmöglichkeiten für die finanzielle Schieflage der Tierheime im Land, zeichnet sich ein deutliches Bild ab (in absteigender Gewichtung):

1. Flächendeckende Einführung einer Katzenschutzverordnung in BW
2. Einführung von Mindestsätzen/Kostenersatz für die Aufnahme von Fundtieren von Kommunen (ähnlich GOT der Tierärzte)

3. Verbindliche Tierkennzeichnung und Registrierung von Haustieren und Haustierhaltern in zentralen Meldestellen
4. Zusätzliche, spezialisierte Tierschutzeinrichtungen für die Versorgung von besonderen Tierarten (Wildtiere, invasive Arten, Exoten, giftige Tiere u.ä.), getragen aus Landesmitteln
5. Verbot der Vermittlung von Tieren über Internet und Kleinanzeigen

Insgesamt hat die Onlinebefragung die seit Jahren gebetsmühlenartig vom Deutschen Tierschutzbund und dem Landestierschutzverband Baden-Württemberg geschilderte Situation, sowie die aktuelle Verschärfung der Probleme bestätigt.

Das Staatsziel Tierschutz ist im vereinsbasierten Tierschutzwesen vor Ort in einer existenziellen Krise. Wird dieser Bereich nicht zeitnah und umfassend durch die öffentliche Hand nachhaltig unterstützt und finanziell mitgetragen, steht der vereinsbasierte Tierschutz nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in Deutschland insgesamt vor dem Aus.

Kommunen müssen bei der Auslagerung der gesetzlichen Verpflichtung zur Unterbringung von Fundtieren gewährleisten, dass die anfallenden Kosten vollumfänglich ersetzt und nicht aus Vereinsmitteln bezuschusst werden. Spender geben ihr Geld für den Tierschutz und nicht um Kommunen für die Einhaltung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen zu subventionieren.

Die Tierschutzeinrichtungen brechen aktuell unter den vorherrschenden Bedingungen wie Kostensteigerungen für Personal (u.a. Mindestlohn), tiermedizinische Behandlungen (neue GOT-Tierärzte) oder der Explosion der Kosten für Betriebsmittel wie Energie, Futter und Sanierungsauflagen zusammen.

Des Weiteren muss das ehrenamtliche Engagement der aktiven Mitglieder fundierte Anerkennung erhalten. Warme Worte und Ehrenabzeichen sind kein Anreiz sich ein verantwortungsvolles Ehrenamt aufzubürden. Vorstände, die ehrenamtlich einen Tierschutzverein mit Tierheim leiten, stehen wie professionelle Geschäftsführer für alle Betriebsrisiken in der persönlichen Haftung. Der Gesetzgeber muss hier eine Regelung finden, damit ehrenamtliches Engagement für das Staatsziel Tierschutz nicht schlimmstenfalls im persönlichen Ruin endet.

Ohne ehrenamtlich engagierte Menschen werden der vereinsbasierte Tierschutz und damit die von den Tierschutzvereinen getragenen Tierheime verschwinden. Diese müssen dann entweder von den Kommunen teuer in Eigenregie weiterbetrieben werden oder für immer schließen.

Die Zahl der Tiere in Not wird dadurch allerdings nicht sinken. Im Gegenteil wird Deutschland dann auf das Tierschutzniveau von Ländern in Süd- oder Osteuropa fallen, mit herrenlosen Straßentieren und allen damit verbundenen Leiden, Risiken und Kosten.

## Fazit

Die Politik ist gut beraten, wenn sie schnell und umfassend handelt, um die Arbeit der Tierschutzvereine und Tierheime auf sichere Beine zu stellen. Dies gilt sowohl für die Finanzierung der Tierschutzarbeit als auch für die rechtliche Absicherung der handelnden Personen. Kommt es hier nicht zeitnah zu vehementen und nachhaltigen Verbesserungen, werden sich die Kommunen einem tierischen Problem gegenübersehen. Und es wird niemand mehr da sein, der sie dabei unterstützen kann.



Landestierschutzverband Baden-Württemberg e.V.  
15. November 2022

*Der Tierschutzverein Wiesloch/Walldorf gehört zu den in der Auswertung erwähnten 11% Vereinen, die ihre Lage als stabil einschätzen.*

*Angesichts der Preisentwicklungen der letzten Zeit und der angekündigten Anpassungen ist die Frage, wie lange das gut geht.*

*Wir haben seit vielen Jahren darauf geachtet, die „fixen“ Einnahmen so hoch als möglich zu halten. Dies kommt uns heute zugute, unabhängig von der tollen Unterstützung vieler, vieler Tierfreunde.*

***Aber wie in der Auswertung richtig beschrieben wird, subventionieren die Tierschutzvereine mit ihren Vereinsmitteln eine gesetzliche Pflichtaufgabe der Kommunen.***

***So erhalten auch wir keine vollständige Erstattung der anfallenden Kosten. Hier muss sich dringend etwas ändern.***

*Wenn Sie mehr über uns, unsere Arbeit und die finanzielle Situation wissen möchten, so können Sie dies in unserer neusten Tierschutzbroschüre Stand 11-2022 nachlesen oder gehen Sie auf unsere Homepage [www.tierschutz-wiesloch-walldorf.de](http://www.tierschutz-wiesloch-walldorf.de).*

  
Volker Stutz, 1. Vorsitzender